

Anlage

Nr. 1 Eignung des Notarztes

Die von dem entsendenden Leistungserbringer eingesetzten Notärzte müssen für die Tätigkeit im Rettungsdienst geeignet sein. Geeignet sind Notärzte, wenn sie

- eine gültige Approbation im Sinne von § 3 Bundesärzteordnung (BÄO) besitzen,
- über den Fachkundenachweis Rettungsdienst einer Ärztekammer oder eine von der Ärztekammer Westfalen-Lippe als vergleichbar anerkannte Qualifikation verfügen (bei Vorliegen der Fachkunde Rettungsdienst wirkt der Auftragnehmer daraufhin, dass nach Beginn der Tätigkeit als Notarzt im Bereich des Trägers innerhalb von 12 Monaten die Zusatzbezeichnung Notfallmedizin erworben wird),
- in ihrem Führungszeugnis keine Eintragungen über strafgerichtliche Verurteilungen, insbesondere wegen Körperverletzungsdelikte oder gerichtliche Feststellungen nach § 17 Abs. 2 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) haben,
- über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache (mindestens C 1-Sprachzertifikat oder vergleichbarer Nachweis) verfügen,
- über Kenntnisse der Hygiene und Desinfektion im Rettungsdienst des Trägers verfügen,
- mit den Informationen zum „Massenanfall Verletzter (ManV)“ vertraut sind,
- mit den Leitlinien/Verfahrensweisungen des Ärztlichen Leiters Rettungsdienst Kreis Steinfurt für den Rettungsdienst in der jeweils geltenden Fassung vertraut sind,
- über Kenntnisse der vorgeplanten überörtlichen Hilfe der Feuerwehren im Regierungsbezirk Münster verfügen,
- die im Rettungsdienst des Kreises Steinfurt eingesetzten Geräte und Verfahren beherrschen und nach den geltenden gesetzlichen Regelungen darauf eingewiesen sind (MPG bzw. MPBetreibV),
- ihre gesundheitliche und körperliche Eignung gemäß den Bestimmungen des Rettungsgesetzes NRW durch ärztliches Zeugnis nachweisen, und
- regelmäßig (d.h. mehrfach im Monat und andauernd in einem Umfang von mindestens 15 Wochenstunden) im Rahmen ihrer Tätigkeit in einem Fachgebiet der unmittelbaren Patientenversorgung an der Versorgung von Notfallpatienten beteiligt sind.

Der Notarzt muss vor Aufnahme der Tätigkeit in Anlehnung an die S 1-Leitlinie „Prähospitaler Atemwegsmanagement“ (AWMF-RegisterNr.: 001-040) mindestens 100 endotracheale Intubationen mit oder ohne Videolaryngoskopie nachgewiesen haben. Alternativ zugelassen ist auch ein absolvierter Kurs für Atemwegsmanagement und Narkose in Notfall- und Akutmedizin (sog. ANNA-Kurs oder vergleichbar).

Nr. 2 Einführung, Weiterbildung, Qualifizierung des Notarztes

Der Notarzt wird vom Träger vor seinem ersten Einsatz im Rettungsdienstbereich des Trägers in einem Umfang von maximal zwei Werktagen in die Aufgaben eingeführt. Die Termine für die Einführung werden rechtzeitig vom Träger festgelegt und mitgeteilt. In dieser Zeit ist der Notarzt von seinem Arbeitgeber von seinen sonstigen arbeitsvertraglichen Pflichten freigestellt.

Der Notarzt ist verpflichtet, regelmäßig wiederkehrend innerhalb von jeweils 24 Monaten mindestens 20 Fortbildungspunkte aus notfallmedizinisch relevanten Fortbildungen (Vorgabe der Ärztekammer Westfalen-Lippe in Verbindung mit dem Rettungsgesetz NRW) zu erwerben. Der Auftragnehmer legt diese Nachweise dem Träger alle 2 Jahre unaufgefordert vor.

Anlage

Der Träger führt in jedem Quartal eine vierstündige Fortbildung für Notärzte durch. An einer dieser Fortbildungen nimmt der Notarzt jährlich einmalig teil.

Zudem muss der Notarzt bei Dienstaufnahme die folgenden Fortbildungen nachweisen oder diese binnen 24 Monaten nach erstmaliger Dienstaufnahme absolviert haben:

- zertifizierter Kurs in systematischer Traumaversorgung (PHTLS, ITLS oder vergleichbar)
- zertifizierter Kurs in Reanimation (ACLS, ALS oder vergleichbar)

Nr. 3 Aufgaben, Pflichten und Rechte des Notarztes

Die Aufgaben des Notarztes im Rahmen seiner Tätigkeit, die über die im Rettungsgesetz NRW dargelegten Aufgaben hinausgehen, umfassen insbesondere folgende Punkte:

- Unterstützung des Einsatzleiters der Feuerwehr in dessen Entscheidungsfindung durch medizinische Beurteilung der Lage.
- Ausstellung von Bescheinigungen und Zeugnissen nach näherer Weisung durch den Träger (z.B. Todesbescheinigung, Gewahrsamsfähigkeits-Bescheinigung, Geburtsanzeige, Zeugnis zur Einweisung nach PsychKG).

Der Notarzt ist verpflichtet,

- binnen 60 Sekunden nach Alarmierung den Einsatz zu übernehmen und auszurücken
- die medizinisch-organisatorischen Standards und Vorgaben der Ärztlichen Leitung Rettungsdienst des Trägers zu beachten und einzuhalten,
- die Dokumentationsunterlagen des Trägers sorgfältig und vollständig auszufüllen. Für abgebrochene Einsätze und Fehleinsätze wird ebenfalls ein Protokoll erstellt. Die Dokumentation hat aus medizinischen, forensischen und organisatorischen Gründen vollständig zu sein. Die Dokumentation muss unverzüglich, spätestens nach dem Einsatz, erfolgen. Ein Aufschieben der Dokumentation ist nur bei unmittelbarer erneuter Alarmierung zulässig.
- unvollständige Protokolle nach Aufforderung durch den Träger innerhalb von 3 Tagen zu ergänzen,
- die Patienten grundsätzlich in das nächstgelegene geeignete Krankenhaus zu transportieren; dabei soll - sofern medizinische und / oder einsatztaktische Gesichtspunkte nicht entgegenstehen - das Recht des Patienten auf freie Arztwahl in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Der Notarzt ist verpflichtet, im Rahmen seiner Möglichkeiten bei einsatzbezogenen Tätigkeiten in der Rettungswache, insbesondere am NEF, mitzuwirken. Zu Dienstbeginn unterstützt er den Fahrer des NEF bei

- der Überprüfung der Vollständigkeit des im NEF befindlichen Materials,
- der Funktionskontrolle der Medizinprodukte und
- der Überprüfung der Verfallsdaten von Medizinprodukten

Anlage

Die zum Einsatz kommenden Notärzte sind gemäß den Vorgaben der Verordnung über das Errichten, Betreiben und Anwenden von Medizinprodukten (MPBetreibV) verpflichtet, an Einweisungen für Medizinprodukte nach Anlage 1 MPBetreibV teilzunehmen. Bei einweisungspflichtigen Änderungen der Medizinprodukte inkl. der Software ist an einer erneuten Einweisung teilzunehmen. Der Träger wird hierfür ausreichend Termine zur Verfügung stellen. Ist eine Teilnahme nicht möglich, ist der Anwender (NA) in der Pflicht, sich eigenständig um erforderliche Einweisungen oder Folgeeinweisungen zu bemühen und deren Durchführung gegenüber dem Träger nachzuweisen.

Der Notarzt übernimmt in der einsatzfreien Zeit des Dienstes ihm vom Träger übertragene Aufgaben mit direktem rettungsdienstlichen Bezug. Diese umfassen unter anderem:

- Nachbearbeitung von Einsatzprotokollen
- Fortbildung inkl. Teilnahme an Einsatzübungen und Selbststudium
- Datenpflege und ärztliche Validierung der Datensätze im „Deutschen Reanimationsregister“ oder in vergleichbaren Systemen
- Datenpflege und Auswertung (Anwendung von Qualitätsmanagement-Modellen) in der Qualitätssicherung sowie Bedienung von Mitarbeiter-Rückmeldesystemen im Rahmen der Qualitätssicherung
- Teilnahme an und Mitgestaltung von Einsatz-Nachbesprechungen und Evaluationen von Einsatzlagen
- Unterstützung von Studien im Bereich der Notfallmedizin, welche der Träger des Rettungsdienstes durchführt bzw. an denen er beteiligt ist

Der Notarzt darf Ärzte und Studierende im praktischen Jahr zu Ausbildungszwecken in Fahrzeugen des Trägers mitnehmen, sofern rettungsdienstliche Belange dem nicht entgegenstehen. Es finden die Festlegungen der Verfahrensweisung „Mitfahrt Dritter auf Fahrzeugen des Rettungsdienstes“ – Kreis Steinfurt, Ärztlicher Leiter Rettungsdienst – vom 01.08.2013 in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

Dem Notarzt ist bei der Behandlung eines Notfallpatienten eine gesonderte Liquidation nicht gestattet.

Dem Notarzt ist es untersagt, während des Dienstes Mittel zu sich zu nehmen, die die dienstliche Tätigkeit beeinträchtigen, sowie den Dienst anzutreten, obwohl die Wirkung solcher Mittel besteht.

Der Träger des Rettungsdienstes als Auftraggeber erwartet ein jederzeit angemessenes und freundliches Verhalten und Auftreten des notärztlichen Personals, insbesondere gegenüber den zu versorgenden Patienten und ihren Angehörigen und gegenüber anderen beteiligten Dritten. Die gleiche Anspruchshaltung gilt auch für die Bereiche Persönliche Hygiene und Körperpflege.

Der notarztstellende Leistungserbringer unterstützt den Träger bei der Überwachung der den Notärzten nach diesem Vertrag obliegenden Pflichten. Anweisungen des Trägers an die Notärzte leitet der notarztstellende Leistungserbringer an die Notärzte weiter.

Anlage

Nr. 4 Schutzausrüstung und Materialien

Der Notarzt ist verpflichtet, während seiner Tätigkeit Einsatzkleidung und Schuhe entsprechend den jeweils gültigen Unfall-Verhütungs-Vorschriften (DGUV-Regel 105-003) zu tragen.

Im Falle der Verortung des Notarztes auf der Rettungswache stellt der Träger die Einsatzhose und -jacke über den allgemeinen Wäschepool des NEF-Standorts. Die sonstige Dienstkleidung und das Schuhwerk werden durch den Leistungserbringer in Abstimmung mit dem Träger gestellt.

Im Falle der Verortung des Notarztes außerhalb der Rettungswache wird die Art der Einsatzhose und -jacke durch den Träger festgelegt, die Art der sonstigen Dienstkleidung und des Schuhwerks wird mit dem Träger abgestimmt. Die Einsatzkleidung einschl. Schuhwerk und die sonstige Dienstkleidung werden durch den Leistungserbringer gestellt.

Die Notärzte sind durch den Leistungserbringer darüber zu informieren, dass die Verpflichtung zum Tragen der persönlichen Schutzausrüstung während eines Notarzteinsatzes besteht. Kommt der Notarzt dieser Verpflichtung wiederholt nicht nach, ist der Träger berechtigt, diesen Notarzt abzulehnen und die verzugslose Gestellung eines Ersatzes zu verlangen.

Zur Versorgung der Notfallpatienten werden die vom Träger zur Verfügung gestellten Materialien und Medikamente eingesetzt.

Nr. 5 Weisungsbefugnisse des Trägers

Die Ärztliche Leitung Rettungsdienst des Trägers ist dem Notarzt gegenüber in dienstlichen Angelegenheiten, die nach Art und Umfang in den in diesem Vertrag beschriebenen Tätigkeitsbereich fallen, weisungsbefugt. Die Weisungsbefugnis umfasst insbesondere die folgenden Bereiche:

- grundsätzliche medizinische (z.B. Versorgungsstrategien bei Notfallpatienten) und medizinisch-organisatorische Angelegenheiten
- Angelegenheiten des Qualitätsmanagements

Eine fallweise Begleitung von Einsätzen durch die Ärztliche Leitung Rettungsdienst ist jederzeit möglich.

Nr. 6 Disziplinarbefugnisse des Trägers

Stellt der Träger fest, dass der eingesetzte Notarzt den beschriebenen Anforderungen in wesentlichen Aspekten nicht entspricht oder in sonstiger – z. B. fachlicher - Weise nicht für den Notarztdienst geeignet ist, kann er die weitere Tätigkeit des Notarztes für den Rettungsdienst ohne weitere Angabe von Gründen ablehnen. Der Leistungserbringer stellt in diesem Fall – in der Regel unverzüglich - einen qualifizierten Ersatz.

Gründe können z.B. eine fehlende gesundheitliche und körperliche Eignung, mangelnde Teamfähigkeit, mangelnde Sprachkenntnisse, Missachtung organisatorischer Vorgaben, Verstöße gegen leitlinienkonforme Behandlungsrichtlinien des Trägers und eine fehlende Teilnahme an vorgeschriebenen Fortbildungen sein.

Anlage

Nr. 7 Patientendaten, Datenschutz

Der Notarzt ist verpflichtet,

- für den Umgang mit Patientendaten die Einhaltung sämtlicher datenschutzrechtlich relevanten Bestimmungen - einschließlich der Bestimmungen gemäß §§ 67 ff. SGB X, gemäß Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), nach dem RettG NRW und nach Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) - jederzeit sicherzustellen.
- Patientendaten ausschließlich den mit der Bearbeitung des Einsatzes beim Träger beauftragten Personen zugänglich zu machen und
- Dritten gegenüber keine Angaben zu Patientendaten zu machen und die Patientendaten vor dem Zugriff durch Dritte zu schützen, sofern dies nicht rettungsgesetzlich anders geregelt ist.

Alle im Zusammenhang mit der notärztlichen Tätigkeit erlangten Kenntnisse über Vorgänge, Tatsachen, interne Dienstabläufe, Dokumente, Telefon- und Funkgespräche, Mails etc. unterliegen auch nach der Beendigung der notärztlichen Tätigkeit der Schweigepflicht. Verstöße gegen diese Schweigepflicht können den Tatbestand einer strafbaren Handlung nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches erfüllen.

Die Anfertigung von Bild- und Tondokumenten für private Zwecke im Einsatz ist nicht gestattet.

Nr. 8 Informationsweitergabe, Öffentlichkeitsarbeit

Jede Art der Information gegenüber Dritten bedarf auch nach Beendigung der notärztlichen Tätigkeit der Zustimmung des Trägers.

Während und nach Einsätzen dürfen Aussagen zum Einsatzgeschehen, z.B. gegenüber Medien, ausschließlich von den vom Träger hierzu ermächtigten Stellen und Personen getroffen werden. Die für diese Fälle vorgesehenen Kommunikationswege sind vom Notarzt einzuhalten.

Auskünfte gegenüber der Öffentlichkeit in Verbindung mit der Leistungserbringung (z. B. einsatzbezogene und die Abläufe im Rettungsdienst betreffende) dürfen grundsätzlich ausschließlich durch den Träger des Rettungsdienstes erfolgen. Sofern ein Bezug zu den Leistungen im Rettungsdienst des Trägers besteht, muss jede Informationsweitergabe gegenüber Dritten (z. B. Medien) zwingend vorab vom Träger freigegeben werden. Entsprechende Anfragen Dritter sind unverzüglich an den Träger weiterzuleiten.

Beschwerden, die sich auf Einsätze des Rettungsdienstes beziehen, sind unverzüglich an den Träger weiterzuleiten; Petenten sind an den Träger zu verweisen. Die Beschwerden werden durch den Träger beantwortet. Die Notärztinnen und Notärzte sind verpflichtet, im Rahmen des Beschwerdemanagements entsprechend der Vorgaben des Trägers mitzuarbeiten. Ziel des Trägers ist es, dem Beschwerdeführer eine Antwort innerhalb von 3 Wochen zukommen zu lassen. Um dies zu gewährleisten, müssen schriftliche Stellungnahmen der Notärztin oder des Notarztes zu den Vorfällen nach Aufforderung durch den Träger in der Regel innerhalb von 14 Tagen abgegeben werden.